



**Bund der Steuerzahler  
Berlin e.V.**

**PRESE  
mitteilung**

Lepsiusstraße 110  
12165 Berlin  
ISDN: 030 / 790 10 70  
Tel. 030 / 792 40 14  
Fax: 030 / 792 40 15  
e-mail: [service@steuerzahler-berlin.de](mailto:service@steuerzahler-berlin.de)

[www.steuerzahler-berlin.de](http://www.steuerzahler-berlin.de)

## **BdSt Berlin: Videokonferenzanlage kommt nur wenigen Rechtsuchenden zugute**

*Finanzgericht und Steuerberaterkammer Berlin stellen Videokonferenzanlage vor*

**Berlin, 26. November 2007** – Das Finanzgericht und die Steuerberaterkammer Berlin haben am Montag in Berlin eine Videokonferenzanlage in Betrieb genommen. An der Präsentation waren auch die Justizsenatorin des Landes Berlin, Gisela von der Aue, und die Justizministerin des Landes Brandenburg, Beate Blechinger, beteiligt.

Seit dem 1. Januar 2007 haben Berlin und Brandenburg ein gemeinsames Finanzgericht in Cottbus. Berliner Steuerpflichtige, die gegen Entscheidungen des Finanzamtes klagen wollen, müssen sich seitdem dorthin wenden. Die Praxis zeigt aber täglich, welche enormen Nachteile vor allem die Berliner Bürger in Kauf nehmen müssen, wenn sie ihren staatlich garantierten Rechtsschutz in Anspruch nehmen wollen. Die Videokonferenzanlage werde nach Worten von Justizministerin Blechinger zukünftig die Verfahren beschleunigen. Die Anlage sei kostengünstiger und bürgerfreundlicher, sie werde die Rechtsfindung sogar erleichtern.

Der Berliner Steuerzahlerbund betrachtet den behördlichen Einstieg in die Moderne äußerst skeptisch. Der Vorstandsvorsitzende des BdSt Berlin, Dr. Martin Müller, sagte dazu: „Von der Effizienz profitieren doch nur die Wenigsten. Die Videokonferenztechnik eignet sich letztlich überhaupt nicht für jede Art von Verhandlung, und schon gar nicht für die Beweisaufnahme. Dass die Installationen kostengünstig sind, tröstet den Steuerzahler nicht darüber hinweg, dass die Gerichtsfusion nicht die Kosteneinsparungen bringt, mit der sie von den Politikern einst beworben wurde.“ Müller spielte damit auf die konkreten Synergieeffekte für das Jahr 2007 an. Der BdSt hatte im Sommer bei den zuständigen Ausschüssen nach aktuellen Zahlen für das Jahr 2007 gefragt. Diese träumten 2004 noch von 1,23 Millionen Euro für 2007. Auf eine Antwort, die eine Effizienz der Fusion untermauern

könnte, wartet der BdSt Berlin bis zum heutigen Tag. Auch auf der heutigen Präsentation gab es für das Publikum hierzu keine Zahlen

Der BdSt sieht auch in Zukunft die Gefahr, dass viele Betroffene auch weiterhin auf ihren staatlich garantierten Rechtsschutz verzichten müssen, da der Aufwand und die Kosten nicht mehr in Relation zum Streitwert stehen.

Rückfragen bitte an Norbert Faltin, BdSt Berlin e. V., Tel. 030 – 790 10 70